

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Februar 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Bulmahn (SPD)	30, 31	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	23
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	38, 51	Schreiner (SPD)	12, 46
Eigen (CDU/CSU)	43	Schütz (SPD)	40, 41
Gansel (SPD)	5, 6	Sielaff (SPD)	15, 16
Geis (CDU/CSU)	2	Stiegler (SPD)	17, 18
Dr. Glotz (SPD)	10, 47	Frau Teubner (DIE GRÜNEN)	42
Jäger (CDU/CSU)	7, 37	Tietjen (SPD)	34, 35
Dr. Klejdzinski (SPD)	3, 4	Frau Traupe (SPD)	44, 45
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	21, 22	Uldall (CDU/CSU)	36
Lowack (CDU/CSU)	50	Frau Unruh (DIE GRÜNEN)	48, 49
Dr. Mecktersheimer (DIE GRÜNEN)	52, 53	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	24, 25
Menzel (SPD)	28, 29	Wüppesahl (fraktionslos)	11, 39
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	32, 33	Frau Würfel (FDP)	8, 9
Dr. Olderog (CDU/CSU)	19, 20	Würzbach (CDU/CSU)	26, 27
Pauli (SPD)	13, 14	Zander (SPD)	1

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- Welche Vorhaben der Regierungspolitik dienen der Verwirklichung der von Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 angekündigten „geistigen Erneuerung“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter
Geis
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung der Öffentlichkeit verständlich machen, daß gezielte Schmerzzufügungen gegen Menschen durch Folter und sogar unbeabsichtigte Schmerzzufügungen gegenüber Tieren durch Gesetz und internationale Abmachungen verboten sind, die mögliche Schmerzzufügung gegen ungeborene Kinder durch Verätzung oder Zerstückelung beim Schwangerschaftsabbruch jedoch bisher nicht verboten, geschweige denn geahndet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, die Einkommensteuer vor Errechnung der Kirchensteuer von ehemals 600 DM für das erste, 960 DM für das zweite und 1 800 DM für jedes weitere Kind auf generell 300 DM pro Kind ab 1990 zu kürzen?
4. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie hoch ist der Kirchensteuergewinn ab 1990 für die Kirchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Rückkehr der in Birma zur Waffen- und Sprengstoffherstellung befindlichen Experten der bundeseigenen „Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH“ zu veranlassen und die Genehmigung von Exporten nach Birma einzustellen, die mit der Waffen- und Sprengstoffproduktion in diesem Lande im Zusammenhang stehen?

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Für welche Teile des Tornado-Kampfbombers, die von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland produziert werden, sind Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz bzw. dem Außenwirtschaftsgesetz erforderlich, bevor sie nach Großbritannien exportiert werden können, und in welchem Umfang sind solche Genehmigungen bereits erteilt worden? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Bespitzelung von Kirchenmännern in der DDR durch den Staatssicherheitsdienst, und trifft es insbesondere zu, daß der „Friedenspfarrer“ Eppelmann in seinen Amtsräumen „Wanzen“ in Radioapparat und Lampe entdeckt hat, die offenkundig für Lausch-Angriffe auf ihn bestimmt waren? |
|--|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|--|--|
| 8. Abgeordnete
Frau
Würfel
(FDP) | Wie hoch ist der Haushaltsansatz für das Kindergeld im Rahmen des Familienlastenausgleichs zu veranschlagen, wenn alle Erstkinder in Familien eine Erhöhung des Kindergeldes von 50 DM auf 80 DM erhielten? |
| 9. Abgeordnete
Frau
Würfel
(FDP) | Wie hoch ist der Haushaltsansatz für das Kindergeld im Rahmen des Familienlastenausgleichs zu veranschlagen, wenn das Kindergeld für alle zweiten Kinder von 100 DM auf 130 DM erhöht wird? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Glotz
(SPD) | Was kommt auf den bundesrepublikanischen Sozialstaat zu, wenn die ausländischen „Gastrentner“ pflegebedürftig werden, und wie sind Alten- und Pflegeheime darauf vorbereitet? |
| 11. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos) | Beabsichtigt die Bundesregierung den Einsatz von Zivildienstleistenden im Bereich des Tiereschutzes auszuweiten und damit dem Bedarf anzupassen, oder ist sie der Meinung, daß eine ausreichende Betreuung der Tiere in Tierheimen, deren Träger gemeinnützige Vereine sind, derzeit mit 20 Zivildienstplätzen in diesem Bereich hinreichend sichergestellt ist? |

12. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Studien bestätigen, daß das Lebensvertrauen der zwischen 1 Million und 1,5 Millionen in Arbeitslosenhaushalten lebenden Kinder durch die Arbeitslosigkeit der Eltern bzw. einzelner Elternteile, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, zerstört wird und diese dann wiederum in hohem Maße selbst von Arbeitslosigkeit betroffen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

13. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der einheitlichen Überwachung der Sozialvorschriften im Straßenverkehrsgewerbe in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, wenn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland weder eine Bundesanstalt für den Güterfernverkehr noch eine in der Effizienz vergleichbare Gewerbeaufsicht vorhanden ist, und ist hierdurch möglicherweise die Konkurrenzfähigkeit und letztendlich die Verkehrssicherheit gefährdet?
14. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Straßenverkehrsgewerbes Rheinland im Interesse der deutschen Wirtschaft, der Verkehrssicherheit und damit im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft den deutschen Ordnungsrahmen mit Kontingentierung und Tarifbildung im Straßenverkehrsgewerbe beizubehalten und in modifizierter Form auf ganz Europa zu übertragen?
15. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- An welchen Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn in der Pfalz können Reisende am Wochenende Reisegepäck aufgeben oder abholen, und zu welchen Zeiten?
16. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu Plänen der Deutschen Bundesbahn, in großem Umfang ihren Service in vielen Regionen – insbesondere im bereits jetzt benachteiligten ländlichen Raum – abzubauen bzw. ganz einzustellen?
17. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Planung für das Interregio-Kernnetz in Bayern, und wie soll dabei die Erschließung des Zonenrandgebietes in Bayern, insbesondere der Region Oberpfalz-Nord (Weiden), erfolgen?
18. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Ausbauplanungen für die Bundesbahnstrecke Nürnberg – Weiden in der Oberpfalz, und bis wann ist damit zu rechnen, daß auf dieser Strecke der „Pendolino“ eingesetzt wird?

19. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht einer privaten Fährlinie, auf der Vogelfluglinie zwischen Puttgarden auf der deutschen Insel Fehmarn und Rødby auf der dänischen Insel Lolland neben der Deutschen Bundesbahn eine Fährlinie zu eröffnen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es im Bedarfsfalle insbesondere aus ökologischen Gründen sinnvoll wäre, nicht einen zweiten Fährhafen bauen zu lassen, sondern den Bundesbahnfährhafen auch für private Fährschiffe zu öffnen?

20. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung Planungen der Deutschen Bundesbahn (DB), zwischen dem Fährhafen Puttgarden auf Fehmarn und einem südschwedischen Hafen eine Eisenbahnfährverbindung einzurichten, und sieht die Bundesregierung in einer solchen neuen Linie eine Möglichkeit, die vorhandenen Fährschiffe der DB und ihre Besatzungen auch dann in vollem Umfang weiter einzusetzen, wenn sich für den Schienengüterverkehr von Deutschland nach Skandinavien durch den Bau einer festen Querung des Großen Belts eine Veränderung der Verkehrsströme ergeben sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

21. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)

Ist es richtig, daß das sogenannte Umweltschutzpapier mehr Druckfarben und Chemikalien enthält und die Abwasserbelastung bei Umweltschutzpapier sechsfach höher liegen kann als bei holzfreiem Papier, und wie hoch ist der Energieverbrauch bei der Herstellung von Umweltschutzpapier im Vergleich zu nicht wiederaufgearbeitetem Papier?

22. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)

Schützt Umweltschutzpapier tatsächlich die Umwelt, und hat es folglich die Berechtigung, mit dem blauen Umweltschutzengel ausgezeichnet zu sein?

23. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)**
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß einige Getränkegroßhersteller beabsichtigen, nachdem sie die 1,5 Liter Einwegflaschen aus PET-Kunststoff aus dem Markt genommen haben, verstärkt auf eine Absatzsteigerung bei den verbleibenden Einwegverpackungen (insbesondere bei der 2 Liter Großverbraucherflasche) hinzuwirken, und beabsichtigt die Bundesregierung, Initiativen zu ergreifen, die sich gegen eine hierdurch bedingte Erhöhung des Abfallvolumens richten, z. B. durch das generelle Verbot von Einweggetränkeverpackungen oder der Einführung eines Zwangspfandes auch für diese Verpackungen?

24. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Ein wie großer Prozentsatz des in der Bundesrepublik Deutschland anfallenden schwachaktiven Atommülls wurde bisher nach Studsvik/Schweden zur Verbrennung verbracht, und seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß in Studsvik die zulässigen Grenzwerte an Radioaktivität in der Abluft um ein Zwanzigfaches überstiegen wurden?
25. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Wo soll in Zukunft Ersatzkapazität für die Verbrennung von schwachaktivem Atommüll aus der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden, wenn am 1. Juni 1989 die Anlage in Studsvik geschlossen wird, und welche Art von Kapazitäten zur Beseitigung schwachaktiver Atomabfälle stehen z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung?
26. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Auswirkungen verschiedener und gerade in jüngster Zeit noch vermehrt gesprochener Urteile deutscher Gerichte, durch die komplette, ordnungsgemäß genehmigte, mit öffentlichen Mitteln erstellte Sportanlagen und auch Einrichtungen der Freiwilligen Feuerwehr stillgelegt wurden, und was ist wann beabsichtigt, um durch klarere, eindeutige Gesetzgebung wieder einen dem Allgemeinwohl dienenden realitätsbezogenen, berechenbaren Zustand herzustellen?
27. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für richtig und zeitgemäß, daß beim Beurteilen und Messen von sogenannten Lärmquellen das Lachen von spielenden Kindern, das Beifallklatschen von Zuschauern beim Sport, das Herausfahren von Feuerwehr-Fahrzeugen aus Gerätehäusern zum Übungsabend die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie bei solchem Lärm, der durch Straßenverkehr oder durch Industrieanlagen hervorgerufen wird, und wenn nein, was ist wann beabsichtigt, um wieder zu bürgernahen und der Allgemeinheit verständlichen Regelungen zu kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

28. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß EG-Gremien an einem Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Verbesserung von Verfahren zur Stilllegung von Kernkraftwerken arbeiten und daß dafür ca. 125 Millionen DM bereitgestellt werden sollen?
29. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung dieses Vorhaben, und in welchem Umfang ist die Elektrizitätswirtschaft an diesem Vorhaben beteiligt?

30. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)
- Trifft eine Meldung der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 9. Februar 1989 zu, der zufolge die Bundesregierung sich an der Entwicklung eines europäischen Brutreaktors beteiligen will, und welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung für diese Beteiligung?
31. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)
- In welcher Höhe ist die Beteiligung des Bundes und bundesdeutscher Unternehmen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

32. Abgeordneter
**Müller
(Wesseling)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß auf den Philippinen die Gewerkschaftsfreiheit verletzt wird und daß mit Folter und Mord gegen Gewerkschaftler, die der National Federation of sugar workers (NFSW) angehören, vorgegangen wird?
33. Abgeordneter
**Müller
(Wesseling)**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf Präsidentin Corazon Aquino in entsprechender Weise einzuwirken mit dem Ziel, die völlige Gewerkschaftsfreiheit – insbesondere auf Negros – wiederherzustellen?
34. Abgeordneter
Tietjen
(SPD)
- Hat die Bundesregierung schon eine Antwort auf die Note des Auswärtigen Amtes vom 13. Januar 1989 an den Außenminister von Mosambik, die die Aufforderung beinhaltet, das in Leer (Ostfriesland) beheimatete Motorschiff „Edda“ im Interesse der gegenseitigen positiven Beziehungen – Mosambik/Bundesrepublik Deutschland – baldmöglichst aus Quelimane freizulassen, erhalten?
35. Abgeordneter
Tietjen
(SPD)
- Falls nein, was gedenkt die Bundesregierung zusätzlich zu tun, um die sechs Besatzungsmitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland baldmöglichst zu ihren Familienangehörigen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

36. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Warum ist die Besoldung der Beamten des mittleren Wasserzolldienstes nicht wie die der staatlich geprüften Techniker von A 5 nach A 6 angehoben worden, obwohl sie eine den staatlich geprüften Technikern entsprechende Ausbildung vorzuweisen haben?

37. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Einführung des Wahlrechts für Ausländer zu den kommunalen Volksvertretungen durch den Landesgesetzgeber im Einklang mit den Bestimmungen des Grundgesetzes, und welche Möglichkeit hat die Bundesregierung verneinendenfalls, Bundesländer, die derartiges planen, zur Beachtung der Verfassung anzuhalten?
38. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, zur Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs in die CSSR am Grenzübergang Waidhaus den Bahnfahrern genauso wie den Autofahrern Tagesvisa zu gewähren, und warum verweigert die Bundesregierung einreisenden CSSR-Staatsbürgern Tagesvisa?
39. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung auch für Berufsorganisationen in gleicher Weise gewährleistet werden müsse und aus diesem Grundrecht resultierend auch die Broschüre „Für Polizisten und Demonstranten“, die in Zusammenarbeit zwischen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten sowie Gruppen der Friedensbewegung entstanden ist, selbstverständlich auch in Dienststellen des Bundes ausgelegt werden darf, und wenn nicht, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

40. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz des am 1. Juli 1988 erfolgten Inkrafttretens des § 22 des Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz) die Regeln für die Abgabe von Pflanzenschutzmitteln im Einzelhandel vielfach nicht beachtet und Pflanzenschutzmittel frei zugänglich und ohne fachkundige Beratung des Verkaufspersonals verkauft werden (vgl. Sendung ZAK-Magazin, WDR III vom 9. Dezember 1988, 21.45 Uhr; Dokumentation des BUND „Aktion Pestizidfreie Regale“)?
41. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, daß auf Grund der trotz einer achtzehnmöglichen Übergangsphase häufig nicht erfolgten Beachtung der ab dem 1. Juli 1988 geltenden Verkaufsregeln für Pflanzenschutzmittel der Verkauf über den Einzelhandel künftig ganz verboten werden sollte, da es offensichtlich nicht möglich ist, eine ausreichende Qualifikation des Verkaufspersonals für eine sachkundige Beratung zu gewährleisten?

42. Abgeordnete
**Frau
Teubner**
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß sich die Bundesanstalt für Ernährung in Karlsruhe mit der radioaktiven Bestrahlung von Lebensmitteln beschäftigt, bzw. sollte dies derzeit noch nicht der Fall sein, ist mit der strahlentechnischen Behandlung von Verbrauchsgütern demnächst durch die Karlsruher Bundesanstalt zu rechnen?
43. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie groß waren am 15. Januar 1989 die Bestände an Rindfleisch in der Europäischen Gemeinschaft, und wieviel davon war zu diesem Zeitpunkt verkauft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

44. Abgeordnete
**Frau
Traupe**
(SPD)
- In welchen Tageszeitungen hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Anzeige „DIE GESUNDHEITSREFORM – nötig vernünftig sozial“ am 18. Januar 1989 geschaltet?
45. Abgeordnete
**Frau
Traupe**
(SPD)
- Was hat diese Anzeige gekostet?
46. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Erkenntnisse des Deutschen Kinderschutzbundes bestätigen, daß bundesweit mindestens 400 000 Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren verbotene Kinderarbeit leisten und eine wesentliche Ursache dafür die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, ist?
47. Abgeordneter
Dr. Glotz
(SPD)
- Unter welchen materiellen und lebensweltlichen Bedingungen leben ältere türkische Arbeitnehmer und ihre Familien in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Probleme ergeben sich daraus für das Alter?
48. Abgeordnete
**Frau
Unruh**
(DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist der Bundesregierung der Verdacht der Untreue gegen den Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und seinen Mitarbeitern bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um für die Wiedergutmachung des voraussichtlichen Schadens, der den Rentenversicherten entstanden ist, Sorge zu tragen?

49. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den Millionenbeträgen, wegen derer die Ermittlungen geführt werden, und den im Vergleich zu den Landesversicherungsanstalten der Arbeiterrentenversicherung um ein Mehrfaches höheren Verwaltungskosten (Aufwand pro Rente) der BfA, und was hat die Bundesregierung unternommen oder was gedenkt sie über strafrechtliche Maßnahmen hinaus zu tun, um für eine Senkung der BfA-Verwaltungskosten Sorge zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Wie hat die Bundesregierung auf die Studie des Defense Policy Panel of the Committee on Armed Services, House of Representatives „Soviet readiness for war: Assessing one of the major sources of East-West instability“ reagiert, nachdem festzustehen scheint, daß diese Studie von falschen Voraussetzungen ausgeht?
51. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Mengen welcher B- und C-Kampfstoffe lagern noch in und um das Munitionsdepot Schierling, Landkreis Regensburg, und welche Anstrengungen unternehmen Bundesregierung und regionale Behörden, eventuell noch vergrabene Kampfstoffe aufzufinden?
52. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Auf welche Höhe beläuft sich die Gesamtheit sämtlicher Zuwendungen, auch solcher in Materialform oder in Form mittelbarer Unterstützung, seitens des Bundesministeriums der Verteidigung an die „Studiengesellschaft für Zeitprobleme e. V.“ in den Etatjahren 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988?
53. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen oder dementieren, daß die unerwartet schnelle Entscheidung der Regierung, weitere Arbeiten am TECHNEX- und KOLAS-Programm zunächst zu unterlassen, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Entscheidungen von US- bzw. NATO-Gremien zur Festlegung der Reichweite des Army Tactical Missile System (ATACMS) auf 300 Meilen stehen, die das Festhalten an nuklearen Optionen des KULAS-Programms überflüssig werden lassen?

Bonn, den 10. Februar 1989

